



Band 6. Die Weimarer Republik 1918/19–1933
Arnold Brecht über die letzten Kriegswochen (Rückblick 1966)

Nachdem sie jahrelang Berichte über ihre militärischen Erfolge verbreitet hatte, forderte die Oberste Heeresleitung Ende September 1918 plötzlich ein Waffenstillstandsangebot an die Alliierten und eine Parlamentarisierung der Regierung. Hier ging es einerseits darum, das Heer intakt zu halten, andererseits war das Kalkül Ludendorffs, die Vertreter der Reichstagsmehrheit (SPD, Zentrum, Linksliberale) an der Regierung zu beteiligen, um die Verantwortung für den Waffenstillstand auf sie abzuwälzen. Am 3. Oktober 1918 wurde Prinz Max von Baden Reichskanzler und nahm Vertreter der Reichstagsmehrheit ins Kabinett auf, was einen Frieden auf der Grundlage von Wilsons 14-Punkte Programm ermöglichen sollte. Als Resultat sowohl der Forderungen der USA als auch der demokratisierenden Bestrebungen der großen Parteien begann ein langsamer Übergang zur Demokratie, und am 28. Oktober 1918 wurde die Verfassung geändert, um eine stabile parlamentarische Demokratie zu etablieren.

In diesen Tagen [Ende September 1918] trat die Aktion in ein neues Stadium. Während ursprünglich die Oberste Heeresleitung von der Einleitung von Friedensschritten vor einer Konsolidierung der militärischen Lage ganz absehen wollte, später Vorsicht empfahl, bittet sie jetzt auf das dringendste, das Friedensangebot gerade wegen der akuten Gefährdung der militärischen Lage sofort hinausgehen zu lassen. Am 1. Oktober kommen eine ganze Reihe von Telegrammen und Telefongesprächen aus dem Großen Hauptquartier mit dem gleichen Inhalt nach Berlin. „Heute halte die Truppe, was morgen geschehen könne, sei nicht vor auszusehen.“ Man solle das Friedensangebot „sofort hinausgehen lassen und damit nicht erst bis zur Bildung der neuen Regierung warten, die sich verzögern könne. Heute hielte die Truppe noch und wir seien in einer würdigen Lage, es könne aber jeden Augenblick ein Durchbruch erfolgen und dann käme unser Angebot im allerungünstigsten Moment.“ Und spät abends: „General Ludendorff erklärte mir [Freiherr von Lersner], daß unser Angebot von Bern aus sofort nach Washington weitergehen müsse. 48 Stunden könne die Armee nicht noch warten ... Der General betonte, daß alles darauf ankäme, daß das Angebot spätestens Mittwoch nacht oder Donnerstag früh in den Händen der Entente sei, und bittet Euer Exzellenz, alle Hebel dafür in Bewegung zu setzen.“ Am selben Nachmittag läßt Hindenburg dem Vizekanzler von Payer mitteilen, wenn bis heute abend, 7 bis 8 Uhr, Sicherheit vorhanden sei, daß Prinz Max die Regierung bilde, könne bis zum nächsten Morgen gewartet werden; sollte dagegen die Bildung der Regierung irgendwie zweifelhaft sein, so halte er die Ausgabe der Erklärung heute nacht für geboten. In einem Vortrag, den der Vertreter der Obersten Heeresleitung am 2.

Oktober vormittags vor den Parteiführern des Reichstages hält, kommt auch in diesem größeren Kreise die drängende Lage scharf zum Ausdruck.

Prinz Max von Baden sträubt sich heftig gegen die gewünschte Art der Friedensaktion, weil sie in dieser Form und in diesem Augenblick einer militärischen Zwangslage die deutsche Situation für die Friedensverhandlungen offenbar sehr ungünstig gestalten würde. Er berichtet hierüber am 11. Oktober: „Am Abend des 1. Oktober sei ihm der Reichskanzlerposten angeboten worden mit dem gleichzeitigen Verlangen, sofort die Friedensvermittlung Wilsons nachzusuchen; er habe sich dagegen gesträubt und mindestens acht Tage warten wollen, um die neue Regierung zu konsolidieren und nicht den Eindruck hervorzurufen, als handelten wir bei unserer Bitte um Friedensvermittlung unter dem Drucke eines militärischen Zusammenbruchs.“

Am 2. Oktober bittet General Ludendorff um den Entwurf der Note und läßt nachmittags selbst eine Fassung telefonieren, die im wesentlichen mit dem späteren Wortlaut übereinstimmt. Der Prinz hält jedoch seine Bedenken aufrecht. Noch am 3. Oktober stellt er schriftlich eine Reihe von Vorfragen, darunter die Frage: „Ist die Oberste Heeresleitung sich bewußt, daß die Einleitung einer Friedensaktion unter dem Druck der militärischen Zwangslage zum Verlust deutscher Kolonien und deutschen Gebiets, namentlich Elsaß-Lothringens und rein polnischer Kreise der östlichen Provinzen, führen kann?“

Am gleichen Tage übersendet Hindenburg, der in Berlin anwesend ist, dem Reichskanzler nochmals schriftlich die Erklärung, „daß die Oberste Heeresleitung auf ihrer Forderung der sofortigen Absendung des Friedensangebots bestehen bleibt“. Nach eingehender Besprechung unter den Staatssekretären geht die Note unter diesem Druck der Obersten Heeresleitung in der Nacht vom 3. zum 4. Oktober hinaus.

Hindenburg und Prinz Max hatten sich im Laufe des 3. Oktober über die Absendung der Note auch mündlich unterhalten. Darüber gibt der im Anhang dieses Buches zum ersten Male veröffentlichte Brief des Prinzen Max an mich wichtige Aufschlüsse.

In der Zeit bis zum Eintreffen der Antwort erklärt der Reichskanzler am 6. Oktober nach dem vorliegenden Protokoll nochmals: „Ich habe gegen Note gekämpft, erstens weil ich Moment für zu früh hielt, zweitens weil ich an Feind im allgemeinen mich wenden wollte. Jetzt müssen wir Konsequenzen in Ruhe überlegen. Jetzt muß ... Lage an der Front festgestellt werden, und zwar durch gewiegte Offiziere ... Armeeführer müssen gehört werden.“ Die Staatssekretäre äußern sich im gleichen Sinne. Der Gedanke ist offenbar der, daß Ludendorff die militärische Lage auf Grund eines Zusammenbruches der Nerven zu schlecht beurteilt haben könnte. Es entsteht nunmehr ein eigentümlicher Konflikt, der sich durch die ganzen weiteren schweren Verhandlungen vom 6. bis zum 26. Oktober hinzieht: General Ludendorff sieht in der Befragung anderer Generale ein Mißtrauen und läßt für diesen Fall mit seinem Abschied rechnen, von dem die Reichsleitung eine Beschleunigung des Zusammenbruchs befürchtet.

Der von Rathenau in der Vossischen Zeitung veröffentlichte Plan einer levée en masse wird erörtert, aber fallen gelassen, weil die militärischen Stellen, insbesondere Ludendorff selbst, sich von ihr nichts versprechen¹.

Wilson's Antwort ist vom 5. Oktober. Sie verlangt eine nähere Festlegung auf die Punkte des Präsidenten in dem Sinne, daß beim Eintritt in die Diskussion nur noch eine Verständigung über die praktischen Einzelheiten ihrer Anwendung stattfinden soll. Sie fordert zweitens die Räumung der von Deutschland besetzten Gebiete und stellt drittens eine Frage nach den in Deutschland maßgebenden Gewalten.

Am 9. Oktober wird mündlich mit Ludendorff verhandelt, der einen kurzen Rückblick über die ganze Kriegsgeschichte gibt. In der Aussprache erklärt Oberst Heye wiederum: „Es wäre Hasardspiel der Obersten Heeresleitung, wenn sie den Friedensschritt nicht beschleunigte. Es kann sein, daß wir bis zum Frühjahr halten, es kann aber auch jeden Tag eine Wendung kommen. Gestern hing es an einem Faden, ob Durchbruch gelang. Truppe hat keine Ruhe mehr. Unberechenbar, ob Truppe hält oder nicht. Jeden Tag neue Überraschungen. Ich fürchte nicht eine Katastrophe, sondern möchte Armee retten, damit wir während der Friedensverhandlungen sie noch als Druckmittel haben.“

Der zuletzt angedeutete Gedanke wird wiederholt von der Obersten Heeresleitung aufgenommen. Ludendorff vertritt den Standpunkt, daß Deutschland nicht gezwungen sei, alle Forderungen anzunehmen, daß insbesondere eine etwaige Forderung auf Preisgabe deutscher Festungen abgelehnt werden könne. Aber die Antworten auf die Frage, wie lange noch Widerstand geleistet werden kann, lauten wechselnd und unsicher. Ludendorff antwortet auf die Frage, ob die Front noch drei Monate gehalten werden kann, mit Nein, und auf die Frage des Prinzen Max: „Kann beim Scheitern der gegenwärtigen Friedensaktion trotz des Abfalls der beiden uns noch verbliebenen Bundesgenossen der Krieg allein von uns noch fortgeführt werden?“ lautet Ludendorffs Antwort stark bedingt: „Wenn eine Kampfpause im Westen eintritt, ja.“

Die deutsche Erwiderung auf Wilson's Antwort ergeht noch in vollem Einvernehmen mit der Obersten Heeresleitung.

Die zweite Note Wilson's vom 15. Oktober wird wesentlich schärfer. Sie trennt zum ersten Male den Frieden vom Waffenstillstand, dessen Bedingungen „dem Urteile und dem Rate der militärischen Berater“ überlassen werden müssen, spricht von ungesetzlichen und unmenschlichen Praktiken der deutschen Streitkräfte und erklärt, daß die ganze Durchführung

¹ Der Ausdruck „levée en masse“ kommt tatsächlich in Rathenaus Artikel („Ein dunkler Tag“, *Vossische Zeitung* Nr. 512 vom 7. Oktober 1918) nicht vor. Was Rathenau empfahl, war im Falle einer nicht zufriedenstellenden Antwort Wilson's eine methodische Umgruppierung der Truppen, der Einsatz von Soldaten, die sich im Urlaub oder Heimatdienst befänden, an der Westfront, die Rekrutierung älterer Freiwilliger, um Soldaten in körperlich leichten Diensten abzulösen, und die Ersetzung von General Ludendorff. Der Artikel enthält eine erstaunlich richtige Voraussage der Antwort Wilson's und der Endergebnisse. Siehe Walther Rathenau, *Briefe*, Band 2, Nr. 435, 438, 450, 452, 467, 480, 518 und 580 über jenen Artikel.

des Friedens „von der Bestimmtheit und dem befriedigenden Charakter der Bürgschaften abhängen wird“, welche in den grundlegenden Fragen der inneren Gewalten gegeben werden können. Österreich erhält eine besondere Antwort. Die Bestürzung über diese Note in ganz Deutschland und namentlich ihre Wirkung auf das Heer ist offenbar groß. Der Widerspruch regt sich überall, der Stolz bäumt sich auf, und die Oberste Heeresleitung möchte zurück. Es erhebt sich nun die schwere Frage, ob man noch zurück kann. Denn die Offenbarung der schlechten Lage nach vierjähriger Behauptung des sicheren Sieges hat inzwischen im Ausland und Inland ihre Wirkung getan.

Das Verhältnis zwischen der Obersten Heeresleitung und der Reichsleitung dreht sich. Die Oberste Heeresleitung fragt an, ob die deutschen Massen noch einmal in den Kampf bis zum Äußersten mitgehen würden, oder ob die moralische Widerstandskraft dafür zu sehr erschöpft sei. Staatssekretär Dr. Solf sieht in diesen Zeilen nicht nur einen Appell an das deutsche Volk, sondern zugleich den Versuch, die Verantwortlichkeit zu verschieben. „Warum sei denn die Stimmung so gedrückt? Weil die militärische Macht zusammengebrochen sei. Jetzt aber sage man: Die militärische Macht wird zusammenbrechen, wenn die Stimmung nicht durchhält. Diese Verschiebung dürfe man nicht zulassen; sie passe schlecht zu den eigenen Worten Ludendorffs, der mit dem Kriegsminister einig gewesen sei, daß eine levée en masse nicht möglich ist.“

Am 17. Oktober finden drei Sitzungen statt. Über die mittlere mit Ludendorff, in der die gesamte Lage nach allen Richtungen durchgesprochen wird, liegt eine ausführliche Niederschrift von Simons vor. Ludendorff spricht sich hoffnungsvoller als vor zwei Wochen über die Möglichkeit aus, über die nächsten Wochen hindurch standzuhalten. Aber seine unbestimmten und wechselnden Äußerungen finden gegenüber der Wucht der Tatsachen, die zur Sprache kommen, zum Teil kein volles Vertrauen. [. . .]

Auf die zusammenfassende Frage, ob die Westfront bei Überführung der Kräfte aus dem Osten – deren Möglichkeit noch zweifelhaft ist – nach drei Monaten noch stehen werde, antwortet Ludendorff: „Ich habe schon dem Herrn Reichskanzler gesagt, ich halte einen Durchbruch für möglich, aber nicht für wahrscheinlich. Innerlich wahrscheinlich halte ich den Durchbruch nicht. Wenn Sie mich auf mein Gewissen fragen, kann ich nur antworten: Ich fürchte ihn nicht.“ Auf Vorhalt seiner eigenen früheren Erklärungen antwortet er: „Es ist auch heute so, daß wir jeden Tag eingedrückt und geschlagen werden können. Vorgestern ist es gut gegangen; es kann auch schlecht gehen.“

[. . .]

Am Ende der Sitzung tritt der Gedankengang des Reichskanzlers klar hervor. Er weist darauf hin, daß auch nach den weitestgehenden – von dem Prinzen selbst anscheinend nicht geteilten – Hoffnungen Ludendorffs der Krieg nur auf beschränkte Zeit fortgesetzt werden kann, daß inzwischen mit dem Abfall der beiden noch übrigbleibenden Verbündeten bestimmt zu rechnen ist und daß sich nunmehr die Frage erhebt: Steht man am Schluß besser oder schlechter als heute? Ludendorff ist der Auffassung, daß es keine schlechteren Bedingungen gibt.

LUDENDORFF: „Ich habe den Eindruck, ehe wir durch diese Note Bedingungen auf uns nehmen, die zu hart sind, müßten wir dem Feinde sagen: Erkämpft euch solche Bedingungen.“

DER REICHSKANZLER: „Und wenn er sie erkämpft hat, wird er uns dann nicht noch schlechtere stellen?“

LUDENDORFF: „Schlechtere gibt es nicht.“

DER REICHSKANZLER: „O ja, sie brechen in Deutschland ein und verwüsten das Land.“

LUDENDORFF: „So weit sind wir noch nicht.“

Der letzte Satz weicht dem Gedankengange des Reichskanzlers aus¹. Denn die Möglichkeit der Abwehr ist auch nach Ludendorffs jetziger Ansicht zum mindesten ungewiß, und die Frage war gerade die, wie die politische Lage sich nach weiterem vergeblichen Widerstande gestalten werde. Der Reichskanzler geht offenbar davon aus, daß es noch schlechtere Bedingungen gibt. Zwar stellt die letzte Note des Präsidenten Wilson scharfe und kränkende Modalitäten des Waffenstillstandes in Aussicht. Auch diese Note hält aber für den eigentlichen Friedensvertrag an den Punkten des Präsidenten fest. Wenn es wirklich gelänge, den Krieg noch einige Monate fortzusetzen, so würde man am schlimmen Ende diesen Boden nicht mehr unter den Füßen haben. Aber nicht nur das, mit Sicherheit würden Tod und Elend weiter schrecklich gewütet haben. Die Zahl der unglücklichen, schwer Kriegsverletzten hätte sie nutzlos vermehrt. Die Zerstörung Belgiens und Nordfrankreichs durch die Kämpfe und durch einzelne, auch bei Milderung der zuletzt geübten Praxis unvermeidlich bleibende Eingriffe auf dem Rückzug würde fortgesetzt und die Verwüstung in das eigene Land getragen sein. Die materielle Last hätte sich ins Unendliche gesteigert. Auch Frankreich und Belgien zittern vor dem weiteren Vormarsch und vor der mit ihm in jedem Falle verbundenen weiteren Zerstörung. Darin erblickt die Reichsleitung eine Stärke der momentanen politischen Lage; denn die Gegner haben dadurch auch ihrerseits ein großes Interesse an sofortigem Waffenstillstand, mehr als etwa nach dem Erreichen der deutschen Grenze.

[. . .]

Es folgt die deutsche Antwort vom 20. Oktober. Diesmal besteht eine sachliche Differenz mit der Obersten Heeresleitung. Sie tritt hauptsächlich wegen der Einstellung des U-Boot-Krieges zutage. In einer vor Absendung der Note einberufenen Besprechung mit deutschen Auslandsvertretern (Rosen, Graf Brockdorff-Rantzau, Graf Metternich) hatten diese sich übereinstimmend für das Entgegenkommen in der U-Boot-Frage ausgesprochen. Es wird die Hoffnung geäußert, daß nicht gerade im jetzigen Augenblick die unglückliche Torpedierung

¹ Ludendorff hat sich nach der Veröffentlichung meiner Vorbemerkung heftig dagegen gewandt, daß ich geschrieben hatte: „Der letzte Satz weicht aus.“ Ich habe hier zur Klarstellung des Sinnes die Worte „dem Gedankengange des Reichskanzlers“ eingefügt.

eines amerikanischen Passagierdampfers dazwischenkommen möge. Aber gerade jetzt trifft die Nachricht von der Torpedierung der „Leinster“ ein und verschärft die Stimmung in den Vereinigten Staaten

[. . .]

In diesen Tagen traf die dritte Note Wilsons ein. [. . .] Die Note endete mit längeren Ausführungen, in denen der Präsident nochmals Zweifel über die inneren Machtverhältnisse in Deutschland äußerte.

Infolge dieser Note stand von meinem Eintritt in die Reichskanzlei an die Frage der Abdankung des Kaisers in Mittelpunkt der Überlegungen.

[. . .]

Am 28. Oktober wurde die mit Einwilligung des Kaisers eingebrachte Novelle zur Verfassung verkündigt, die in wenigen Zeilen das ganze bisherige Verfassungssystem radikal veränderte. Der Reichskanzler sollte hinfert nicht mehr vom Kaiser allein ohne Mitwirkung des Reichstages ernannt werden, sondern des Vertrauens des Reichstages bedürfen und durch ihn gestürzt werden können. Das gleiche sollte für den preußischen Kriegsminister gelten, da das Reich keinen eigenen Kriegsminister hatte, sondern die Geschäfte durch den preußischen Kriegsminister führte.

Mit dieser Novelle wurde das Reich verfassungsmäßig von einer halb autoritären Monarchie zu einer parlamentarischen Demokratie mit monarchischer Spitze. Hätte die Verfassung diese Form schon vor dem Ausbruch des Krieges gehabt, so wäre die Vereinheitlichung der Führung des Reiches in militärischen und zivilen Angelegenheiten des Reichs in Deutschland ebenso möglich und wahrscheinlich gewesen wie in England und Frankreich. Aber weder das Ausland noch das durch den plötzlichen Zusammenbruch bis in die tiefsten Tiefen aufgeregte deutsche Volk erkannte in dieser Textänderung juristischer Art das fast revolutionäre Ereignis, das sie tatsächlich bedeutete. Ein sichtbarer Ausdruck der Änderung war notwendig geworden. Wilson hatte das in seiner letzten Note angedeutet; in weiten Kreisen des Volkes wurden die Forderungen nach Abdankung des Kaisers direkt oder verschleiert erhoben.

Damals entstand der Plan, der zunächst vorsichtig in engsten Kreisen erwogen wurde, dann aber im Laufe der nächsten zwei Wochen immer mehr Anhänger gewann: daß Kaiser und Kronprinz zugunsten des zwölfjährigen ältesten Sohnes des Kronprinzen, des Prinzen Wilhelm, freiwillig abdanken und bis zur Volljährigkeit des Prinzen, also auf sechs Jahre (achtzehn war das regierungsfähige Alter nach dem Hausrecht der Hohenzollern), ein Regent oder Reichsverweser die Regierung führen solle. Innerhalb dieser sechs Jahre konnte die Praxis der Demokratie lebendige Wirklichkeit werden, ohne daß deshalb die Staatsform der Monarchie, an die man gewohnt war, aufgegeben zu werden brauchte.

Quelle: Arnold Brecht, *Aus nächster Nähe, Lebenserinnerungen 1884-1927*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, 1966, S. 154-62.